

BASELBIETER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.

Aus der Parteileitung

Der Winter hat sich verabschiedet und der Frühling hält Einzug. Für mich als Sommermensch wirkt sich das beflügelnd aus und die Aussicht auf den Sommer gibt mir Energie für die kommenden Aufgaben. So kann ich beflügelt von den letzten Aktivitäten der Kantonalpartei, die ich in letzter Zeit insgesamt als sehr lebendig wahrnehme, informieren. **Seite 3**

Fraktionspräsident Damien Cottier

Der Neuenburger Nationalrat Damien Cottier präsidiert seit Februar die FDP-Liberale Fraktion. Im Interview spricht er über seine Rolle als «Coach», die freisinnige Diskussionskultur und weshalb es wichtig ist, dass FDP-Parlamentarier in ihren Kantonen Präsenz zeigen. **Seiten 10 und 11**

Rückblick auf kantonale Wahlen

Im März und im April fanden in Obwalden, Nidwalden, Bern und Waadt kantonale Wahlen statt. Die FDP konnte verschiedene Erfolge feiern und den Aufwärtstrend bestätigen. Parteipräsident Thierry Burkart spricht im Interview über die Bedeutung freisinniger Erfolge in den Kantonen und wie dieser Schwung für die eidgenössischen Wahlen 2023 mitgenommen werden kann. **Seiten 12 und 13**

Europapapier der FDP

Die FDP nimmt ihre Verantwortung wahr und zeigt anhand eines neuen Europapapiers auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU konstruktiv weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier legt den Fokus auf einer Erweiterung des Verhandlungspakets und wird abschliessend an der DV im Juni verabschiedet. **Seite 22**

Landratswahlen 2023

Editorial von Gina Zehnder

Gerne erinnere ich mich an den 31. März 2019. Mein erster Wahlkampf – die kantonalen Wahlen 2019 waren überstanden. Die FDP konnte all ihre Sitze behalten und Monica Gschwind wurde als Regierungsrätin wiedergewählt. Mit einem befreienden, aber auch stolzen Gefühl ging ich am Abend nach Hause. Wir haben es geschafft! Und dies trotz nationalem Negativtrend des Freisinns. In knapp neun Monaten ist er aber bereits wieder da: der nächste Wahlsonntag. Dies hört sich nach einer langen Zeit an, aber der 12. Februar 2023 kommt schneller, als wir uns vorstellen können. Wie rasch neun Monate verfliegen, habe ich kürzlich privat erfahren. Im Januar 2022 wurde ich Mami eines Mädchens und sie kam schneller, als erwartet. Nach knapp drei Monaten Mutterschaftsurlaub bin ich nun zurück bei der FDP und obschon ich ihn sehr genossen habe, freue ich mich, jetzt richtig in den Wahlkampf einzusteigen.

Die Geschäftsstelle arbeitet seit letztem Sommer mit Hochdruck an den Wahlen und nach meinem Mutterschaftsurlaub wurden die ersten operativen Massnahmen umgesetzt. Den ersten Auftakt stellte die FDP Academy dar. Lesen Sie dazu den Bericht auf Seite 4/5. Der nächste Höhepunkt ist der Wahlkampfauftakt am 17. September 2022. Ich hoffe, Sie alle an diesem Anlass begrüssen zu dürfen.

Natürlich hat mich das Mamiwerden geprägt. Welche Zukunft will ich für mein Kind? Wie verein-



Gina Zehnder, Wahlkampfleiterin Landratswahlen 2023

bare ich meine Familie mit meiner Karriere? Wie soll das Kind betreut werden? Es wäre einfach, hier nach dem Staat zu schreien. Der Staat könnte ja die Konsequenzen meiner Entscheidung, Mutter zu werden, (finanziell) tragen. Aber bekanntlich gehen Freisinnige nicht den einfachen Weg. Wir wollen unsere Ent-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10/11 Fraktionspräsident Damien Cottier im Interview
- 12 Interview mit Parteipräsident Thierry Burkart
- 13 Rückblick auf vier kantonale Wahlen
- 14 Die Lage der AHV spitzt sich zu
- 15 Ständerätliche Buchrezension
- 16 Rückblick auf die Frühlingssession
- 17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18 Frontex-Referendum gefährdet Sicherheit in der Schweiz
- 19 Filmgesetz beschneidet Wahlfreiheit des Publikums
- 20 Ja zum Transplantationsgesetz
- 21 Gastbeitrag von Bachelor-Mentee Sebastian Binggeli
- 22 Neues Europapapier der FDP
- 23 Vermischtes



Ein Angriff auf unsere Werte

Schweizer Sicherheitspolitik neu denken

Liebe Freisinnige

Seit zwei Monaten tobt der Krieg in der Ukraine. Der russische Angriff auf ein souveränes europäisches Land ist aufs Schärfste zu verurteilen. Die Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen, machen mich betroffen. Dieser Krieg markiert eine Zeitenwende und wirkt sich auch auf die Schweizer Sicherheitspolitik aus.

NATO bleibt massgebend

Die aktuelle machtpolitische Konstellation zeigt in aller Deutlichkeit, dass der Grundsatz der autonomen Verteidigungsfähigkeit in einem modernen Konflikt nicht mehr absolut gilt. Eine vollständig autonome Verteidigung kann heute weder aus technologischer noch aus finanzieller Sicht gewährleistet werden. Die Schweiz tut daher gut daran, wenn sie zwar den NATO-Beitritt aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht in Betracht zieht, aber eine viel engere, über die bestehende «Partnership for Peace» hinausgehende Kooperation anstrebt. Dazu sind in erster Linie die NATO-Programme «Partnership Interoperability Initiative» und «Enhanced Opportunities Partner» zu prüfen. Denn für die Sicherheitsarchitektur in Europa wird auf unabsehbare Zeit die NATO massgebend sein.

Wer im Krieg kooperieren will, muss vorgängig die Zusammenarbeit planen und trainieren sowie die Systeme aufeinander abstimmen. Hierzu muss die schweizerische Sicherheitspolitik mit Blick auf aktuelle sowie künftige Bedrohungsszenarien und ohne ideologische Scheuklappen dringend die notwendigen Weichen stellen. Ein entscheidender erster Schritt dazu ist die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit im Alpenraum mit dem F-35.

Ja zu Frontex-Schengen

Auch die Abkommen Schengen/Dublin sind wichtige Pfeiler der europäischen Sicherheit. Ein

Abseitsstehen der Schweiz würde die Schweiz zu einem Magnet für Wirtschaftsflüchtlinge machen und ausserdem gravierende wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Deshalb braucht es am 15. Mai ein Ja zu Frontex-Schengen. Die FDP ist die einzige Partei, die sich auch in der Vergangenheit vorbehaltlos für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU eingesetzt hat.

Deshalb nimmt die FDP auch ihre Verantwortung wahr und zeigt anhand eines Grundlagenpapiers zur Europapolitik auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von Parteivorstand, Fraktion und der Parteipräsidentenkonferenz verabschiedet. Abschliessend befinden die Delegierten darüber. Ich freue mich darauf, viele Delegierte an der DV am 25. Juni in Andermatt begrüssen zu dürfen.

Bei den jüngsten Wahlen schnitt die FDP mit ermutigenden Resultaten ab. In der Waadt holten wir uns drei der fünf Regierungssitze. Auch im Parlament legte die FDP einen Sitz zu, wir halten jetzt 50 der 150 Sitze! In Obwalden legte die FDP drei Sitze zu, in Nidwalden bleiben wir deutlich stärkste Partei. Bereits im November durften wir zwei Sitzgewinne im Kanton Freiburg zur Kenntnis nehmen. Nachdem wir in den kantonalen Wahlen zuvor stets Verluste einfahren mussten, können wir feststellen: Der Turnaround ist geschafft. Es geht wieder aufwärts! Diese Erfolge spornen uns an! Zusammen mit Ihnen, liebe Freisinnige, wollen wir das liberale Feuer weiter in alle Ecken des Landes tragen.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

scheidungen frei treffen können, weil wir auch die Konsequenzen tragen werden. Wir wollen eigenverantwortlich handeln, weil wir wissen, dass eine staatliche Rundumversorgung die Allgemeinheit belastet.

Ich bin überzeugt: Freisinnig sein bedeutet «mutig sein». Selbst zu handeln, erfordert Mut. Und genau

diesen Mut wünsche ich meiner Tochter, aber auch den 90 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landratswahlen 2023. Seid freisinnig! Seid mutig!

Natürlich geht die Geschäftsstelle voraus. Ich bin mutig und sage: Ich kandidiere 90 Mal für den Landrat. 90 Mal werde ich zittern. 90 Mal werde ich mich

freuen oder traurig sein. 90 Mal werde ich alles geben. Die Geschäftsstelle ist bereit für die kantonalen Wahlen 2023.

Gina Zehnder
Wahlkampfleiterin / Landratswahlen 2023

Aus der Parteileitung

Ferdinand Pulver berichtet

Der Winter hat sich verabschiedet und der Frühling hält Einzug. Für mich als Sommermensch wirkt sich das beflügelnd aus und die Aussicht auf den Sommer gibt mir Energie für die kommenden Aufgaben. So kann ich beflügelt von den letzten Aktivitäten der Kantonalpartei, die ich in letzter Zeit insgesamt als sehr lebendig wahrnehme, informieren.

Mitte März fand die zweite Wahlkampfsitzung mit den Sektionspräsidentinnen und -präsidenten und den Wahlkampfleiterinnen und -leitern statt. Unter dem Lead von Gina Zehner als Wahlkampfleiterin und unserer Vize-Präsidentin Marianne Hollinger wurde über die ersten operativen Wahlkampfmassnahmen sowie über die Strategie und den Planungsprozess informiert. Der Austausch war konstruktiv, aber auch kritisch. Es war uns ein grosses Anliegen, auch die Sektionen in die Planung miteinzubeziehen und wir nahmen ihre Feedbacks gerne entgegen. Der operative Fokus der Kampagne ist der Mensch. Wir wollen als FDP zeigen, dass wir Menschen haben, die bewegen. Menschen, die bewegen wollen! Deshalb sind einmal mehr die Listen ausschlaggebend. Ohne die richtigen Personen bringt auch der beste Wahlkampf nichts! Wir freuen uns sehr, als wir hörten, wie fortgeschritten die Kandidatensuche läuft. Wir haben tolle, vielseitige und motivierte Kandidatinnen und Kandidaten. Wenn ich sehe, wer sich alles zur Verfügung stellt, habe ich ein gutes Gefühl für die Wahlen.

Dann fand Ende März die FDP Academy statt. Die gut besuchte und mit versierten Referentinnen und Referenten besetzte Weiterbildungsveranstaltung stand allen Mitgliedern offen und fand in einem lockeren Rahmen statt. Der Spass kam an diesem Samstag nicht zu kurz und es war schön, immer wieder Lachen zu hören. Ich war mit dabei und war angenehm überrascht, wie motiviert und mit wie viel Bereitschaft, auch mal die Komfortzone zu verlassen, in den Workshops gearbeitet wurde. Lesen Sie hierzu den ausführlicheren Bericht auf Seite 4/5.

Ein wichtiges Thema in der Parteileitung, aber auch für die Medien, sind die Regierungsratswahlen 2023. Es wird viel spekuliert und das Kandidaten-Bingo hat begonnen. Ich versichere Ihnen: Auch die Parteileitung der FDP Baselland macht ihre Hausaufgaben. Unsere Regierungsrätin Monica Gschwind tritt wieder an und wir werden sie am Parteitag vom 29. Juni zur Nomination empfehlen.

Bei der letzten kantonalen Abstimmung gegen die Klimaschutz-Initiative der Grünen haben die bürgerlichen Parteien zusammen eine Abstimmungskampagne geführt. Es hat gezeigt, dass wir mit vereinten Kräften gegen Links-grün gewinnen können. Auch die Abstimmungskampagne zur Änderung des Sozialhilfegesetzes machen wir wieder gemeinsam (vgl. Seite 7). Ich bin deshalb überzeugt, dass auch eine bürgerliche Zusammenarbeit im Hinblick auf die Regierungsratswahlen der richtige Weg ist. Wir führen zurzeit viele Gespräche, überlegen



uns Strategien, verwerfen gewisse Ideen wieder und unternehmen weitere Schritte. Ich freue mich, Sie baldmöglichst über die Entscheide informieren zu können. Reservieren Sie sich doch bereits heute den 29. Juni. An diesem Wahlparteitag werden wir Monica Gschwind als unsere Kandidatin nominieren und ich würde mich sehr freuen, Sie dann in grosser Anzahl begrüssen zu dürfen, um zusammen ein starkes freisinniges Zeichen für den bevorstehenden Wahlkampf zu setzen.

Ich erlaube mir, Sie an dieser Stelle nochmals auf die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative zur Individualbesteuerung der FDP Frauen aufmerksam zu machen. Diese Unterschriftensammlung ist für die FDP sehr wichtig. Am 30. April findet der kantonale Sammeltag statt. Einige Sektionen gehen an diesem Samstag auf die Strasse und setzen sich für die Individualbesteuerung ein. Alle Informationen sowie den Unterschriftenbogen finden Sie auf www.individualbesteuerung.ch. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung.

Ferdinand Pulver
Parteipräsident



FDP Academy

Samstags die Schulbank drücken. Bei der FDP Baselland macht sogar das Spass!



FDP Academy

Gemeinsam lernen. Gemeinsam weiterkommen.

Am 26. März 2022 fand die erste FDP Academy im Baselbiet statt. In der Berufsschule Liestal wurden acht Module angeboten, welche die über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer frei und individuell zusammenstellen konnten. Und wie auch schon früher in der Schule, waren die Pausen (auch) ein Highlight. Über Mittag wurde einerseits das Picknick und andererseits der Austausch sehr genossen. Wir danken den Referentinnen und Referenten ganz herzlich für die spannenden Schulungen. Es sind dies: Marianne Hollinger, eh. Landratspräsidentin und Vize-Präsidentin FDP BL, für «Einführung in die Politik»;

Suzanne Imholz, Grafikerin, für «Gestaltung gemäss CI/CD der FDP»; Lucio Sansano, Präsident JFBL, für «Social Media (Basic)»; Daniel Piller, piller-public, für «Schreibwerkstatt»; Tamara Alù, Leiterin Marketing und Kommunikation bei «Das Zelt», für «Video – produzieren und schneiden»; Christian Keller, Herausgeber Prime News, für «Medientraining»; Marcel Juen, Marcel Juen Kommunikation, und Benjamin Bruni, Chefredaktor Radio Basilisk, für «Auftrittskompetenz» und Marcel Schuler, eh. Kampagnenleiter FDP Schweiz, für «Social Media (Fortgeschrittene)».



Marianne Hollinger motivierte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Bei bestem Wetter und guter Laune ...



Mittagspause und ...



... sich austauschen.

Feedback von Svenja Pichler, FDP Sissach u. U.:



«Es war ein perfekter Tag, um sich auf die Landratswahlen vorzubereiten. Meine Erwartungen an den Tag waren gross, dass er jedoch so gut werden würde, hätte ich nicht gedacht. Jeder konnte die Module selbst zusammenstellen und ich habe «Medientraining» bei Christian Keller und «Auftrittskompetenz» bei Marcel Juen und Benjamin Bruni gewählt.

Christian Keller konfrontierte uns im Medientraining direkt und unverblümt mit dem Journalismus. Er forderte uns mit zwei Fallbeispielen heraus, wobei er uns extrem aus der Reserve lockte. Ich konnte viele hilfreiche Tipps mitnehmen und bin nun gewappnet auf die zahlreichen Journalisten.

Im Modul Auftrittskompetenz wurden wir gefilmt und mussten uns dabei für die Wählerinnen und Wähler vorstellen. Es kam direktes und nicht in Watte gepacktes Feedback zurück. Unsere Ausstrahlung, Körperhaltung, Wortwahl, Mimik und Gestik sowie der Inhalt wurden genau unter die Lupen genommen – sowohl von den beiden Referenten als auch von den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Mein OneNote wurde immer wie voller mit zahlreichen Notizen und Tipps für die Auftrittskompetenz.»



Zurück in den Unterricht.
Wie geht das jetzt mit dem Video schneiden?



Feedback von Cédric Jäger, FDP Oberwil:

«Für mich als politischer Quereinsteiger war FDP Academy unheimlich hilfreich. Sie hat mir nicht nur erstes politisches Rüstzeug vermittelt, sondern auch ermöglicht, erste Kontakte zu knüpfen.»



Learning by doing!



Auch der jüngste Teilnehmer musste seine Auftrettskompetenz unter Beweis stellen – und bestand mit Bravour!



Was ist guter Content?
Social Media sollte mehr sein als Blabla ...



Ein Tag Schule ist anstrengend ... aber Lernen lohnt sich doch immer!

Stellungnahme der FDP Baselland zur Vernehmlassung

Energiegesetz und Dekret Energieplanungsberichts 2022

Der Regierungsrat hat anlässlich seiner Sitzung vom 25. Januar 2022 die Bau- und Umweltschutzdirektion beauftragt, eine Vernehmlassung zu den vorgesehenen Änderungen am kantonalen Energiegesetz und dem zugehörigen Dekret aufgrund des Energieplanungsberichts 2022 durchzuführen. Die Parteien wurden eingeladen eine Stellungnahme zu verfassen. Der a. o. Parteirat vom 7. April genehmigte die Stellungnahme, welche von den beiden Landräten Thomas Eugster und Robert Vogt verfasst wurden.



Verfasser der Stellungnahme: Thomas Eugster, Landrat Liestal (li) und Robert Vogt, Landrat Allschwil (re).

Allgemeine Bemerkungen zur Vorlage

Wir haben durchaus Verständnis, dass im vorliegenden Gesetzesentwurf primär der Gebäudebereich behandelt wird, denn dieser Bereich ist sicher eine der Kernaufgaben der kantonalen Energiegesetze, und der Handlungsspielraum des Kantons ist in grossem Masse gegeben. Als bedenklich stufen wir jedoch ein, dass der vermehrt notwendigen Speicherung von Energie und der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie in dieser Gesetzesrevision keine Zeile gewidmet ist. Dies ist im Speziellen nicht nachvollziehbar, weil durch die angestrebte Gesetzesrevision der Wandel von fossilen Brennstoffen hin zum vermehrten Einsatz elektrischer Energie weiter beschleunigt wird und es deshalb eigentlich zwingend ist, dass auch Schritte eingeleitet werden, um elektrische Energie vermehrt speichern zu können und die Produktion von steuerbarer, elektrischer Bandenergie zu steigern. Wir gehen deshalb in einem ersten Teil unserer Stellungnahme auf die aktuell vorliegenden Punkte der Gesetzesrevision ein und zeigen in einem zweiten Teil unserer Stellungnahme auf, welche weiteren Themen aus unserer Sicht in der Gesetzesrevision aufgenommen werden müssten.

Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Anpassungen des Energiegesetzes und der dazugehörigen Verordnung

Bei zwei Gesetzesverschärfungen gehen uns einzelne Formulierungen deutlich zu weit und bei der Eigenstromerzeugung erwarten wir eine baldige Lockerung der Bewilligungspflicht in Kernzonen. Nachfolgend erläutern wir unsere Stellungnahme zu den entsprechenden Paragrafen:

§ 1a vom Dekret: «Anteil erneuerbarer Energie – Heizwärmeerzeuger»

Beim Heizungersatz ist die Vorgabe bezüglich erneuerbarer Energie zwar nachvollziehbar, aber in der Konsequenz können daraus drastische Mehrkosten resultieren. Der Gesetzestext ist insofern zu ergänzen, dass die wirtschaftliche Tragbarkeit gegeben sein muss. So sollen bei Mehrkosten gegenüber fossilen Energiesystemen Eigentümer von der Pflicht bezüglich 100 Prozent erneuerbarer Energie entbunden werden. Weiter soll eine Klausel bezüglich Härtefällen aufgenommen werden. Zudem muss der Begriff «Ersatz» zwingend genauer definiert werden, um Rechtsunsicherheit zu vermeiden. Wir verstehen «Ersatz» dahingehend, dass die gesamte Wärmeerzeugungseinheit ersetzt wird und nicht nur Teile davon. Für Industrieareale soll nicht zwingend eine zentrale Lösung vorgeschrieben sein, sondern ein System, das effizient und wirtschaftlich sein muss. Deshalb soll zurückgewonnene Abwärme (z. B. Prozesswärme) als erneuerbar angerechnet werden.

§ 2a vom Dekret: «Eigenstromerzeugung bei Neubauten»

Bei der Eigenstromerzeugung verweisen wir auf unser Landrats-Fraktionspostulat 2020/24 bezüglich Erleichterungen von PV-Anlagen in Kernzonen, welches vom Landrat am 10. Juni 2021 überwiesen wurde. Wir erwarten, dass die bisher sehr restriktive Bewilligungspraxis umgehend gelockert wird. Die Kompetenzen der kantonalen Fachstelle sind beim Denkmalschutz klar zu definieren.

§ 19b vom Energiegesetz: «Betrieboptimierung»

Eine energetische Betriebsoptimierung wird grundsätzlich als sinnvoll eingestuft, die vorgeschlagene Frist von 3 Jahren ab Inbetriebnahme

ist nachvollziehbar, aber die Periodizität von späteren Betriebsoptimierungen soll deutlich verlängert werden, weil die Nutzung in Gebäuden üblicherweise nicht derart häufig verändert wird. Die Periodizität für spätere Optimierungen muss deshalb auf 10 Jahre verlängert werden. Werden vorher grössere betriebliche Anpassungen umgesetzt und in Betrieb genommen, soll die Frist für die Periodizität neu beginnen. Weiter muss die Umsetzung für die Betriebe so gestaltet werden, dass sie mit einfachsten Mitteln durchgeführt werden kann und dazu keine kostspielige Softwarelösung etc. beschafft werden muss (Die in der LRV erwähnten einmaligen Beschaffungskosten von 200 000 Franken und jährlichen Betriebskosten von 20 000 Franken sind Luxuslösungen, die sich KMU nicht leisten können!).

§ 4 vom Dekret: «Ausnahmebestimmungen»

Aus unserer Sicht wird hier der Begriff «Eigenverantwortung» missbräuchlich verwendet. Die Bestimmungen gelten auch, wenn keine Bewilligung notwendig ist. «Im Sinne der Eigenverantwortung» ist zu streichen, d. h. der Absatz 1 muss heissen «Die Bestimmungen dieses Dekrets gelten auch dann, wenn keine Bewilligung erforderlich ist.»

Generell ist es aus Sicht der FDP unabdingbar, dass bei der anstehenden Gesetzesänderung eine maximale Vereinfachung der administrativen Abläufe und damit ein signifikanter Bürokratieabbau erzielt wird. Zusammen mit den Fortschritten aufgrund der zunehmenden Digitalisierung und der dadurch einhergehenden Effizienzgewinne und des oben erwähnten Bürokratieabbaus fordern wir deshalb, dass das revidierte Gesetz ohne den in der Landratsvorlage erwähnten Personalaufbau von 3,2 FTE umgesetzt werden kann.



Kirchensteuer – quo vadis?

Die Kirchensteuer für juristische Personen

In der Schweiz ist die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat gemäss Bundesverfassung Artikel 72 Sache der Kantone. In Wikipedia kann man sodann auch nachlesen, dass es ausser in den Kantonen Genf und Neuenburg keine vollständige Trennung von Religion und Staat gibt. Gemäss der «Luzerner Zeitung» vom 4. Januar 2021 gibt es in den Kantonen Basel-Stadt, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhodon, Aargau und Genf keine Kirchensteuer und in den Kantonen Tessin und Neuenburg ist sie fakultativ für Unternehmen. Der Kanton Glarus ist bei diesem

Thema in Beratung und im Kanton Zug gibt es einen Vorstoss für Freiwilligkeit.

Die Gesellschaft bewegt sich zunehmend weg von den drei Landeskirchen. Einerseits führen die Globalisierung und die Migration dazu, dass Religionen aus anderen Erdteilen mehr Gewicht erhalten, andererseits aber auch dazu, dass Menschen ihre eigenen Glaubensgrundsätze entwerfen oder Religion und Glaube für sich ganz ablehnen.

In diesem Kontext fragt man sich zurecht, warum eine Unternehmung nun zu einer Steuer ver-

pflichtet wird, welche verbindlich und ausschliesslich den drei Landeskirchen zukommt.

Die Kirchen argumentieren, dass sie die Gelder der juristischen Personen ausschliesslich für gemeinnützige Anliegen verwenden und niemals für religiöse Handlungen. Dabei stellt sich erstens die Frage, wie verbindlich diese Aussage ist und zweitens, inwiefern die demokratische Mitbestimmung über diese Gelder gegeben ist. Ein Eigentümer einer juristischen Person, der keinen Bezug zu einer der drei Landeskirchen hat, hat somit keine Möglichkeiten mitzuentcheiden, was mit den Geldern finanziert wird.

Ab dem Jahr 2025 erreicht im Kanton Basellandschaft der Steuersatz für juristische Personen seinen definitiven Wert. Ab dann werden 0,22% des Gewinns nach Steuern als Kirchensteuer fällig. Wenig sagen die einen, alles über 0% ist zu viel, sage ich und viele andere.

Mein Postulat vom 20. Mai 2021 verlangt denn auch eine Überprüfung dieser Steuer. Ganz bewusst wird der Regierungsrat aufgefordert, verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen, einerseits die Streichung des Anteils, was zu einer leichten Senkung der Steuer führen würde, andererseits aber auch die Verteilung. Möglicherweise können die Unternehmen in Zukunft wählen, ob sie ihren Anteil an eine der drei Landeskirchen, andere religiöse Organisationen oder allenfalls ausschliesslich dem Staat zukommen lassen wollen.

Die Zeit für eine Veränderung in dieser Sache ist reif.

Stefan Degen, Landrat FDP Gelterkinden

Fortsetzung von Seite 6

Stellungnahme zu den fehlenden Anpassungen des Energiegesetzes und der dazugehörigen Verordnung

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, muss im Energiegesetz der vermehrt notwendigen Speicherung von Energie sowie der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie grosse Beachtung geschenkt werden. Folgende Themenbereiche müssen für die FDP dabei beachtet werden:

- Speicherung von elektrischer Energie durch elektrische Speicher: Der beabsichtigte, forcierte Zubau von Photovoltaik führt zu zunehmenden Ungleichgewichten in der Stromproduktion. Gleichzeitig wird durch die zunehmende Elektromobilität einerseits der Strombedarf steigen,

andererseits stellen die Autobatterien aber auch ein enormes Speicherpotenzial dar, welches mit der Technik des sogenannten bidirektionalen Ladens genutzt werden kann. Es sind deshalb gezielt starke Anreize zu setzen, um im Gebäudebereich die Verbreitung von bidirektionalen Ladestationen für Elektroautos zu beschleunigen.

- Speicherung von elektrischer Energie durch elektrische Speicher: Der beabsichtigte, forcierte Zubau von Photovoltaik führt zu zunehmenden Ungleichgewichten in der Stromproduktion. Es sind deshalb gezielt Anreize zu setzen, um im Gebäudebereich die Verbreitung von Speicherbatterien zu beschleunigen.
- Speicherung von elektrischer Energie durch Um-

wandlung in synthetische Kraftstoffe: Der Kanton Baselland soll in Zusammenarbeit mit den lokalen Netzbetreibern eruieren, an welchen Knotenpunkten der Stromnetze die Platzierung einer Produktionsanlage von synthetischen Kraftstoffen (z. B. Wasserstoff) sinnvoll wäre. Die Standorte sind in den kantonalen Richtplan aufzunehmen (KRIP).

- Zieldefinition zur Erhöhung der im Kanton BL erzeugten Bandenergie mit Wasserkraft: Gemäss Medienmitteilung des RR sollen zusätzliche Wasserkraftwerke auf Kantonsgebiet erstellt werden. Um Klarheit über das entsprechende Potenzial zu erhalten, sollte diesbezüglich eine Zielvorstellung in das Energiegesetz aufgenommen werden.



«Jede vierte Person bleibt länger als vier Jahre in der Sozialhilfe.»

hen. Für Härtefälle sind Ausnahmen vorgesehen. Der Langzeitabzug war für die FDP im Landrat ein wichtiger und zwingender Bestandteil des Gesetzes.

Ausbildung schafft Integration

Das revidierte Gesetz regelt auch die Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen während der Erstausbildung. Das war eine Schwäche des bisherigen Gesetzes, denn die Ausbildung ist zentral für eine nachhaltige Ablösung von der Sozialhilfe.

Aus Sicht der FDP-Fraktion und des Parteitags der FDP BL handelt es sich um eine ausgewogene Lösung, mittels welcher Kanton und Gemeinden zwar kurzfristig mehr Geld ausgeben, aber mittel- bis langfristig eine gegenteilige Wirkung erzielt werden sollte. Nämlich, dass Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger früher wieder in den Arbeitsmarkt integriert und mehr Langzeitbezüge vermieden werden können. Nichts tun gegen die steigenden Sozialhilfezahlen ist für uns keine Lösung.

Saskia Schenker, Landrätin, Itingen

JA zu einem modernen Sozialhilfegesetz

Der Handlungsbedarf ist gross: Die Sozialhilfequote ist im Baselbiet in den letzten zehn Jahren von 2,2 auf 3 Prozent gestiegen. Je nach Gemeinde liegt sie sogar über 6 Prozent. Die Fälle werden komplexer, was gerade kleinere Gemeinden stark fordert. Auch die Bezugsdauer hat zugenommen: Jede vierte Person bleibt länger als vier Jahre in der Sozialhilfe. 2008 war dies noch jede fünfte Person. Wir haben heute somit mehr Langzeitbezügerinnen und -bezüger in der Sozialhilfe – ein Trend, dem entgegenzuwirken ist. Seitens FDP haben wir schon länger dafür plädiert, dass es neue Instrumente und Massnahmen braucht für eine effektive Sozialhilfe.

Arbeit ist die beste Prävention

Mit dem revidierten Sozialhilfegesetz soll künftig frühzeitig angesetzt werden, um zu verhindern, dass Personen überhaupt erst in die Sozialhilfe geraten. Die Zuständigkeitslücke zwischen der Arbeit von regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und der Sozialhilfe soll geschlossen werden, zum Beispiel, wenn eine Person kurz vor der Aussteuerung steht. Dies soll das neue kantonale

Assessment Center sicherstellen um so eine Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu vermeiden.

Anreize fördern die Motivation

Gelingt das nicht, liegt der Fokus in den ersten zwei Jahren auch in der Sozialhilfe auf der Arbeitsmarktintegration mittels Anreizmechanismen, um alles daranzusetzen, (teure) Langzeitbezüge zu vermeiden. Einen Motivationszuschuss von 100 Franken pro Monat erhalten Personen, die sich um Förderung bemühen oder in Ausbildung sind. Einen Beschäftigungszuschuss von 80 Franken pro Monat erhalten Personen, die ein Beschäftigungsprogramm besuchen. Denn Studien zeigen, dass sich in den ersten zwei Jahren gezielt eingesetzte Mehrausgaben auszahlen, wenn damit Langzeitbezüge vermieden werden können – sowohl für die Betroffenen, als auch für die Gemeinschaft. Ebenso sind gezieltere Anreize für Arbeitgeber vorgesehen, damit sie Betroffenen ermöglichen können, Erfahrungen im ersten Arbeitsmarkt zu sammeln. Zum Anreizsystem gehört aber auch ein moderat ausgestalteter Langzeitabzug von 40 Franken pro Monat für Personen, die länger als zwei Jahre Sozialhilfe bezie-



Die Freiheit ist wieder da!

Nicht nur bei den Jungfreisinnigen

Schon ist wieder ein Quartal ins Land gezogen, die Temperaturen werden wärmer und mit den aufgehobenen Massnahmen kommt auch das Zusammensein wieder gänzlich in Fahrt. Neben der Mitgliederversammlung im Januar konnten wir Jungfreisinnigen bereits einen Kongress und eine Generalversammlung physisch durchführen. Beide Anlässe boten ein tolles Programm und viel Platz für Diskussionen.

Generalversammlung bei Kitchen Brew

Mit über 30 Personen konnten wir uns in der Brauerei Kitchen Brew in Allschwil zur alljährlichen Generalversammlung treffen. Die offene Schankstube mit Blick auf die Brauerei gab dem Anlass eine tolle Atmosphäre, welche mit einer spannenden Führung durch die Anlagen und einer Degustation durch die leckeren, handgemachten Biere abgerundet wurde.

Der offizielle Teil wurde in diesem angenehmen Rahmen zu einer kurzweiligen Angelegenheit. Aus

dem Vorstand verabschiedet wurden Sebastian Binggeli (Abstimmungen, Oberwil), Lea Krähenmann (Beisitzerin, Binningen) sowie Emanuel Opel (Webmaster, Sissach). Wir danken ihnen für ihr stets grosses Engagement im Vorstand zugunsten unserer Partei.

Lucio Sansano, Präsident Jungfreisinnige Baselland (Reinach), eröffnete mit der Vorstellung seiner Ziele, welche er für sein Engagement und die nächsten zwei (Wahl-)Jahre festgelegt hatte. Er wurde einstimmig und verdient als Präsident wiederge-

wählt. So auch der Vizepräsident Simon Maier (Binningen), welcher nun neu unsere Website betreut. Die restlichen Parteileitungsmitglieder, bestehend aus Carole Inäbnit (Medienverantwortliche, Binningen), Michèle Eggenschwiler (Social Media, Sissach), Oliver Fischer (Veranstaltungen, Muttenz) sowie ich, Luca Vogler (Kassier, Itingen), wurden ebenso einstimmig wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurde Leon Behrends (Binningen), der das Ressort Abstimmungen von Sebastian Binggeli übernehmen wird. Mit einem feinen Apéro und dem gemütlichen Zusammensein konnte wieder einmal ein Event völlig losgelöst von Massnahmen und Pandemie genossen werden.

Kongress Jungfreisinnige Schweiz

Der zweite grosse Event in den letzten Wochen, der Kongress der Jungfreisinnigen, der rund 300 Mitglieder aus allen Kantonen ins schöne Luzern lockte. Die Jungfreisinnigen Luzern luden zu einem tollen Event ein, welcher von spannenden Referenten, einer Bootsfahrt, Festivitäten sowie gutem Essen begleitet wurden. Mit Bundespräsident Ignazio Cassis, Ständerat Damian Müller und Nationalrat Christian Wasserfallen waren interessante und versierte Sprecher eingeladen. Bei den Vorstandswahlen kam es zu keiner Neuerung und alle Kandidaten wurden in ihrem Amt bestätigt. Bei der Wahl der Delegierten der FDP Schweiz kam es durch viele Kandidaten zu einer umstrittenen Wahl. Wir freuen uns, dass unsere beiden Kandidaten für die beiden Basel – Mete Akbulut (BL) und David Mumenthaler (BS) – als Delegierte gewählt wurden.

Somit konnte das Jahr aus Sicht der Jungfreisinnigen Baselland nicht besser starten! Nun fokussieren wir uns auf den Abstimmungskampf gegen unser Referendum zum Filmgesetz und sind guter Dinge, dass wir diesen gewinnen werden.

Luca Vogler

Kassier Jungfreisinnige Baselland
Schulrat Itingen FDP Sissach u. U.



Generalversammlung der Jungfreisinnigen BL ...



... bei Kitchen Brew in Allschwil.



Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz in Luzern.



«Ich wünsche mir, dass die Fraktion als Team arbeitet»

Ziele und Vorstellungen des neuen Fraktionspräsidenten

Der Neuenburger Nationalrat Damien Cottier versteht sich als Coach, der auf ein gutes Kollektiv achtet und ein Gleichgewicht zwischen internen Diskussionen und dem Einsatz für gemeinsame Positionen herstellt. Genauso wichtig ist ihm aktive Präsenz der FDP-Parlamentariern in ihren Heimatkantonen.

Seit deiner Wahl zum Fraktionspräsidenten sind einige Wochen vergangen. Wie hast du diese Zeit erlebt? Es ist ein neues Kapitel und eine neue Herausforderung. Zehn Tage nach der Wahl begann bereits die Session. Das erforderte gute Vorbereitung und viel Energie. Ich habe aber grosse Freude an meiner neuen Rolle und bin dankbar für das Vertrauen. Mir gefällt, dass man mit allen Fraktionsmitgliedern und Vertretern anderer Fraktionen sowie Bundesräten und externen Vertretern einen regen Austausch pflegt. Das Amt sorgt auch dafür, dass man alle politischen Themen im Blick hat, nicht nur diejenigen der eigenen Kommission.

Du bist Spezialist für Aussenpolitik. Ist diese breite thematische Abdeckung eine besondere Herausforderung? Es stimmt, dass ich mich in Aussen-

politik gut auskenne, aber ich bin schon seit 25 Jahren in der Politik und habe mich schon viel mit Bildungs-, Sozial-, Finanzpolitik und Forschungsthemen befasst. Als Mitglied der staatspolitischen Kommission bin ich nun unter anderem für Migrationsthemen, Demokratie und Datenschutz zuständig. Ich finde es wichtig, dass man als Politiker ein Generalist bleibt. Ich kann mich für viele Themen begeistern, deshalb entspricht mir diese Art des Politisierens.

Nach über 25 Jahren bist du der erste Fraktionspräsident aus der Westschweiz. Was bedeutet das für die Fraktion? Ich denke, meine Herkunft sollte nicht überbewertet werden. Es gibt seit 50 Jahren Abwechslung zwischen lateinischen und deutschsprachigen Fraktionspräsidenten. Zuletzt hatten wir mit Ignazio Cassis und Fulvio Pelli zwei Tessi-

ner als lateinische Fraktionspräsidenten. Diese Abwechslung ist positiv, weil damit verschiedene Kulturen in den Parteigremien vertreten sind. Die Integration von Minderheiten entspricht auch den Werten der Schweiz – umso mehr, weil 40 Prozent der Fraktionsmitglieder aus der lateinischen Schweiz kommen. Aber am Ende zählt nicht, woher man kommt, sondern ob man die FDP-Werte vertritt und sich für den Zusammenhalt in der Fraktion einsetzt.

In der FDP-Liberale-Fraktion gibt es traditionell viele unterschiedliche und auch starke Meinungen. Wie gehst du damit um? Wir sind die Partei der Freiheit. Es ist daher nicht erstaunlich, dass unterschiedliche Positionen existieren, gerade zu Beginn eines politischen Prozesses. Das ist aber nichts Neues! Kurt Fluri erinnerte kürzlich bei der Würdigung des verstorbenen Nationalrats Franz Eng daran, dass es dieselben Diskussionen gab, als Eng Ende der 1970er-Jahre Fraktionspräsident war. Es ist wichtig, dass alle ihre Meinung äussern können. Wir diskutieren, hören einander zu und suchen schliesslich nach einer gemeinsamen Position. Die Einbindung von Haltungen und die Suche nach Gemeinsamkeiten ist typisch Schweiz. Und wenn man

«Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft.»

sich nicht findet, stimmt man ab. Als Fraktionspräsident will ich in diesen Prozessen ein Gleichgewicht finden.

Was sind deine Prioritäten als Fraktionspräsident?

Ich entscheide nicht, in welche Richtung sich die Fraktion bewegen soll. Was ich mir wünsche, ist, dass die Fraktion als Team agiert. Wir sind nicht einfach die Summe von 41 Einzelpersonen, sondern ein FDP-Team, das gemeinsame Werte vertritt. Da ähnelt sich die Politik dem Sport. Es braucht einen guten Teamgeist, um zu gewinnen. Deshalb will ich auch Raum schaffen für Diskussionen, wenn es unterschiedliche Meinungen gibt. Kurzum: Meine Priorität ist, dass wir als Team funktionieren und jeder seinen Platz findet.

Und in diesem Team bist du der Kapitän? Ich bin eher der Coach, der motiviert, unterstützt, an die gemeinsamen Regeln erinnert und die Arbeit organisiert.

Nicht nur die Fraktion ist ein Team, sondern auch das Fraktionspräsidium mit Daniela Schneeberger, Hans Wicki und dir. Wie funktioniert die Zusammenarbeit? Sehr gut! Um es mit einer französischen Redewendung zu sagen: Die Mayonnaise hat sofort gepasst. Hans Wicki ist erfahren, konstruktiv und sehr angenehm im Umgang. Er hat seine Rolle als Präsident der Ständeratsgruppe, die ihre eigene Dynamik und Agenda hat. Die Ständeratsgruppe ist natürlich in die Fraktion integriert, muss aber trotzdem ihre eigene Arbeitsweise bewahren. Über die Wahl von Daniela Schneeberger als Fraktionsvizepräsidentin habe ich mich sehr gefreut. Sie übt ihre Aufgabe mit viel Dynamik, Erfahrung und Loyalität aus und zeigt grosses Engagement. Was nicht zu unterschätzen ist: Beide haben einen tollen Sinn für Humor. Wir bilden sicher ein gutes Team.

Wir befinden uns in der zweiten Hälfte der Legislatur. Was sind deine Ziele mit der Fraktion bis zum Legislaturende? Wir wollen den bisherigen Weg fortsetzen und die Ziele weiterverfolgen, die wir



Damien Cottier wurde 2019 in den Nationalrat gewählt, zuvor war er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Didier Burkhalter. Als Fraktionspräsident versteht sich Damien Cottier als Coach der Fraktion. Fotos: Désirée Dittes

uns zu Legislaturbeginn gesetzt haben. Die Themen Sicherheit und Energieversorgung bleiben zentral. Zudem haben diese Themen aufgrund der Aktualität an Bedeutung gewonnen und die FDP ist hierbei glaubwürdig. Selbstverständlich hat auch die Sicherung der Altersvorsorge hohe Priorität und wirtschaftliche Fragen bleiben das Kerngeschäft der FDP. Wirtschaftliche und steuerliche Massnahmen, um die Gründung von Unternehmen zu erleichtern, Innovation zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen, sind eine Daueraufgabe, die von uns ständig vorangetrieben wird. Diese Anstrengungen der FDP sind nicht neu, gewinnen durch die Aktualität aber noch an Gewicht. Es liegt an uns, unsere Arbeit im Parlament in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Die Fraktion hat dabei eine Scharnierfunktion. Wir können die Parteistrategie in die parlamentarische Arbeit aufnehmen.

In eineinhalb Jahren finden die eidgenössischen Wahlen statt. Was kann die FDP-Liberale-Fraktion beitragen, damit die FDP gewinnt? Weiterarbeiten wie bisher und unsere Tätigkeit im Parlament noch besser bekannt machen. Zudem bin ich überzeugt, dass die lokale Verankerung wichtig ist. Wir haben zuletzt in verschiedenen Kantonalwahlen gute Ergebnisse erzielt. Dabei ist es wichtig, dass die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch mit der Bevölkerung in Kontakt treten, Flyer verteilen und bei der Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerung mitmachen. Die gewählten FDP-Vertreter kennen die Bevölkerung und können ihre Anliegen weitertragen. Die Fraktionsmitglieder sollten daher in ihren Kantonen am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben

teilnehmen und bei den Aktivitäten ihrer Kantonalpartei präsent sein.

Die Nähe zwischen Politik und Bürger ist also ein Vorteil? Absolut. Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft. Gleiches gilt für die Parlamentarier, die man in ihrer Heimat problemlos ansprechen kann. Das ist äusserst wertvoll. So haben die Menschen das Gefühl, gehört zu werden und dass ihre Meinung ernst genommen wird. Zu diesem Dialog müssen wir Sorge tragen.

Zwischen 2001 und 2005 warst du Fraktionspräsident der FDP im Neuenburger Kantonsparlament. Hilft dir die Erfahrung aus dieser Zeit heute? Natürlich, es ist exakt dasselbe (lacht). Ernsthaft: Im Bundesparlament ist die Organisation etwas komplizierter. Es gibt zwei Kammern und mehrere Sprachen, aber am Ende ist die Arbeit ähnlich. Ich muss dafür sorgen, dass die Diskussionen intern geführt werden, die Fraktion geeint ist und mit anderen Fraktionen für Mehrheiten kämpfen. Auch wenn es Unterschiede gibt, ist die Arbeit eines Parlaments im Grundsatz überall gleich.

In der jüngeren Vergangenheit wurden mit Pascal Couchepin und Ignazio Cassis zwei Fraktionspräsidenten Bundesrat. Ist das auch eine Option für dich? Ein Blick auf die Galerie ehemaliger Fraktionspräsidenten zeigt, dass die meisten nie Bundesräte geworden sind. Die Frage stellt sich daher nicht. Wir verfügen über zwei hervorragende Bundesräte, die noch lange im Amt bleiben.

Interview: Marco Wölfli

Interview

Thierry Burkart freut sich über die freisinnigen Erfolge der letzten kantonalen Wahlen.

Foto: Sophie Brasey



Nach etwas mehr als einem halben Jahr im Amt zieht Parteipräsident Thierry Burkart eine Zwischenbilanz und spricht über seine Besuche an der Basis, Erfolge in kantonalen Wahlen und liberale Antworten auf aktuelle Herausforderungen.

Seit gut sechs Monaten bist du nun Präsident der FDP Schweiz. Wie lautet deine Zwischenbilanz? Es freut mich, dass die FDP in den letzten Wochen wichtige Themen lancieren konnte. Die anderen Parteien fühlen sich aus der Reserve gelockt, die Medien nehmen unsere Themen auf. Kurz: Man spricht über uns. Wir prägen damit die Politik unseres Landes – so muss es sein. Unsere Positionen sind klar und verständlich. Wir reden mit klarer Kante.

Erfreulich ist auch, dass wir die parteiintern schwierigsten Themen bereinigen und uns jeweils einstimmig auf eine gemeinsame Linie verständigen konnten. Sei es bei unserer Position im Bereich CO₂ bzw. Klima, der Stromversorgungssicherheit und Technologieoffenheit oder der Reform der Altersvorsorge. Zur Europapolitik haben wir soeben

ein Positionspapier erarbeitet. Es wird an der Delegiertenversammlung vom 25. Juni verabschiedet. Damit schliessen wir rund eineinhalb Jahre vor den eidgenössischen Wahlen die Reihen. Das macht mich zuversichtlich, denn will sich die FDP für die notwendigen Reformen mit mehrheitsfähigen Lösungen aktiv einbringen, ist Geschlossenheit eine zentrale Voraussetzung.

Du hast bereits zahlreiche Parteianlässe besucht. Was für eine FDP hast du angetroffen? In der Tat durfte ich bereits viele Anlässe in den Kantonal-, Bezirks- und Ortsparteien besuchen – und Bratwürste, Raclettes und Fondues im ganzen Land geniessen! Spass beiseite, es ist schon eindrücklich zu beobachten, mit wie viel Motivation, Begeisterung und Tatendrang sich Freisinnige im ganzen Land

für das liberale Gedankengut einsetzen. Das gibt mir den Ansporn, jeden Tag für die FDP mein Bestes zu geben. Denn wir sind eine breit aufgestellte Volkspartei. Die Vielfalt an Meinungen ist eine echte Chance, die es zu nutzen gilt.

Hat sich das Modell mit dem fünfköpfigen Präsidium bewährt? Sehr! Als ich mir im letzten Sommer die Präsidiumskandidatur überlegte, war für mich schnell klar, dass es ein starkes Team braucht. Umso glücklicher bin ich heute, Andrea, Philippe, Johanna und Andri an meiner Seite zu wissen. Wir harmonieren und ergänzen uns hervorragend. Sie unterstützen mich in meiner Führungsaufgabe, denn sie verantworten je eigene Ressorts. An dieser Stelle spreche ich dem Vizepräsidium meinen herzlichen Dank aus.

In den letzten Wochen fanden in vier Kantonen Wahlen statt. Was kann die FDP Schweiz davon mitnehmen? Die Wahlergebnisse dürfen uns zuversichtlich stimmen. Die Wahlen sind erfreulich ausgefallen, auch wenn wir da und dort einen Dämpfer hinnehmen mussten. Lediglich in Bern verloren wir ganz leicht, erzielten bei den Regierungsratswahlen aber ein hervorragendes Ergebnis. In Obwalden legten wir drei Sitze zu. Im Nidwaldner Parlament bleiben wir deutlich stärkste Partei. Weiter holten wir in der Waadt gleich drei Regierungssitze und legten überdies im Parlament einen Sitz zu – wir halten nun 50 der 150 Sitze! Ebenso konnten wir bei den Gemeindewahlen in Zürich Sitze dazugewinnen – sogar in den Städten Zürich und Winterthur. Wir können feststellen: Nach den früheren Wahlverlusten geht es jetzt wieder aufwärts!

In eineinhalb Jahren wird auf nationaler Ebene gewählt. Was braucht es, dass die FDP die Wahlen gewinnt? Ein spezielles Thema oder Argument, um zu überzeugen, für die FDP zu stimmen? Wir fahren ganz einfach fort wie begonnen – vorausschauend denken, mit klarer Kante reden und glaubwürdig handeln. Es gilt, den Menschen in diesem Land aufzuzeigen, für welche Werte die FDP steht: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt.

Unsere Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte, die auf einer liberalen Politik beruht. Deshalb gibt es nur eine liberale Stimme, und das ist die FDP. Heute wird oft zu schnell nach dem Staat gerufen. Diese schnellen und vermeintlich einfachen Lösungen führen oft dazu, dass sie kompliziert werden und neue Nachteile entstehen. Hier braucht es die FDP mit ihren liberalen Antworten. Gemeinsam erarbeiten wir gute, tragfähige und nachhaltige Wege für die anstehenden Herausforderungen.

Interview: Gabrielle De Simone

Die bürgerliche Allianz zahlte sich in der Waadt aus.

Von links: Valérie Dittli (Die Mitte, neu gewählt), Michaël Buffat (SVP, nicht gewählt), Christelle Luisier (FDP, wiedergewählt), Isabelle Moret (FDP, neu gewählt) und Frédéric Borloz (FDP, neu gewählt).



Intensiver Wahl-Frühling

Rückblick auf die Wahlen in BE, VD, NW und OW

In den vier kantonalen Wahlen, die im März und im April stattgefunden haben, resultierten für die FDP insgesamt solide Ergebnisse. Neben Sitzgewinnen in den Parlamenten von Waadt und Obwalden waren insbesondere die Waadtländer Regierungswahlen ein grosser Erfolg.

In den letzten Wochen fanden in Bern, Waadt, Nidwalden und Obwalden kantonale Wahlen statt. Aus Sicht der FDP gab es verschiedene positive Resultate, aber auch vereinzelte Enttäuschungen. So musste die FDP im Kanton Bern den Verlust von zwei Sitzen bei den Grossratswahlen hinnehmen. Parteipräsident Stephan Lack begründet das Resultat unter anderem mit Proporzpech: «2018 hatten wir etwas Proporzglück und gewannen drei Restmandate. Dieses Jahr haben wir insgesamt leicht verloren und hatten dazu noch etwas Proporzpech: Beide Sitzverluste waren recht knapp, zudem wurde ein Sitzgewinn im Wahlkreis Emmental nur knapp verpasst.» Ausgesprochen erfreulich verliefen die Regierungswahlen im zweitgrössten Kanton. Der bisherige Sicherheitsdirektor Philippe Müller erzielte das zweitbeste Ergebnis aller Kandidaten und half mit, die bürgerliche Regierungsmehrheit zu sichern.

Wahlkampf dauert vier Jahre

Stephan Lack, dem selbst die Wahl in den Grossen Rat gelang, erlebte einen intensiven und engagierten Wahlkampf. Für die Zukunft ortet er dennoch Verbesserungspotenzial: «Auf mittlere Sicht muss es uns gelingen, die Sektionen und die Kreise wieder zu stärken und neue Mitglieder an der Basis zu gewinnen. Der Wahlkampf dauert eben nicht nur

vier Monate, sondern vier Jahre. Sehr wichtig ist auch, dass es in Zukunft noch konsequenter gelingt, dass sämtliche relevanten Gemeinden ihre bekanntesten Persönlichkeiten auf der Liste haben und die Nachfolgeplanung für die abtretenden Grossrätinnen und Grossräte zeitlich optimal koordiniert wird.» In den kommenden vier Jahren will sich die FDP im Kanton Bern weiterhin für gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe einsetzen.

Toller Erfolg in der Waadt

In der Waadt war die FDP vor den Wahlen die stärkste Partei und konnte diese Position erfolgreich verteidigen. Dank einem Sitzgewinn bei den Grossratswahlen hält die FDP Waadt nun 50 von 150 Sitzen im Kantonsparlament. Die Grundlagenarbeit für den Wahlerfolg begann bereits im vergangenen Sommer, erklärt Parteipräsident Marc-Olivier Buffat. Dazu kam ein Programm mit Fokus auf die Schwerpunktthemen Verantwortung, Verkehrspolitik und Ausbau von erneuerbaren Energien. Zudem rückte die FDP Waadt die Steuerpolitik ins Zentrum. Auch das Bündnis «l'alliance vaudoise», das mit SVP und Die Mitte für die Staatsratswahlen gebildet wurde, half der FDP, sagt Buffat: «Das Bündnis hat uns auch in den Grossratswahlen viel gebracht, weil es die Kräfte gebündelt

hat. Dazu haben unsere 150 Kandidatinnen und Kandidaten intensive Mobilisierung betrieben.» Die Waadtländer Allianz hat bei den Staatsratswahlen gut funktioniert. Die bisherige FDP-Staatsrätin Christelle Luisier schaffte die Wiederwahl im ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang gelang auch Isabelle Moret und Frédéric Borloz den Sprung in die kantonale Exekutive. Damit verteidigte die FDP die Sitze der zurückgetretenen Regierungsräte Philippe Leuba und Pascal Broulis.

Als grösste Partei des Kantons will die FDP in der nächsten Legislatur einiges bewegen. «Vielen Unternehmen fehlt es an qualifizierten Fachkräften, da besteht Handlungsbedarf. Zudem wollen wir verschiedene Steuerreformen voranbringen und in der Energiepolitik die Investitionen in erneuerbare Energien fördern», so Buffat. In den Wochen vor den Wahlen waren die FDP-Kandidaten im ganzen Kanton präsent und steckten viel Energie in die Kampagne. Für den Präsidenten ein wichtiger Effort: «Es braucht eine Politik vor Ort und persönliche Auftritte an Veranstaltungen, Kongressen, Messen und Volksfesten. Dadurch bringen wir die Menschen zusammen und vermitteln unsere freisinnigen Werte.»

Sitzgewinne in Obwalden

Im Gegensatz zu den Erfolgen in der Waadt präsentiert sich die Sachlage in der Zentralschweiz durchgezogen. In Nidwalden gelang es der FDP nicht, den Sitz des zurückgetretenen Regierungsrats Alfred Bossard zu verteidigen. Die Wiederwahl schaffte hingegen Joe Christen. Im Landrat verlor die FDP einen Sitz, bleibt aber die stärkste Partei. In Obwalden verpasste die bisherige Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser die Wiederwahl nach einer persönlichen Kampagne gegen ihre Person. Diese Enttäuschung wurde zumindest teilweise durch das gute Resultat bei den Kantonsratswahlen kompensiert. Dort gewann die FDP drei zusätzliche Sitze und besetzt nun 11 der 55 Sitze im Parlament. Parteipräsidentin Carola Weiss zieht daher ein positives Fazit: «Der Wahlkampf war wirklich toll und die FDP zeigte viel Präsenz. Die frühe Vorbereitung hat sich gelohnt.» Im Kantonsrat agiert die FDP künftig als grösste Oppositionspartei und will angriffig politisieren. «Wir werden insbesondere die Mitte in die Pflicht nehmen und vor allem die Finanzpolitik ganz genau beobachten», kündigt Weiss an. Zudem will die FDP Obwalden noch stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und die Kommunikation verbessern. Dazu gehört auch eine engere Zusammenarbeit mit der FDP Nidwalden. Schliesslich ist nach den Wahlen auch vor den Wahlen. In zwei Jahren finden kommunale Wahlen statt und die FDP peilt zusätzliche Gemeinderatssitze an.

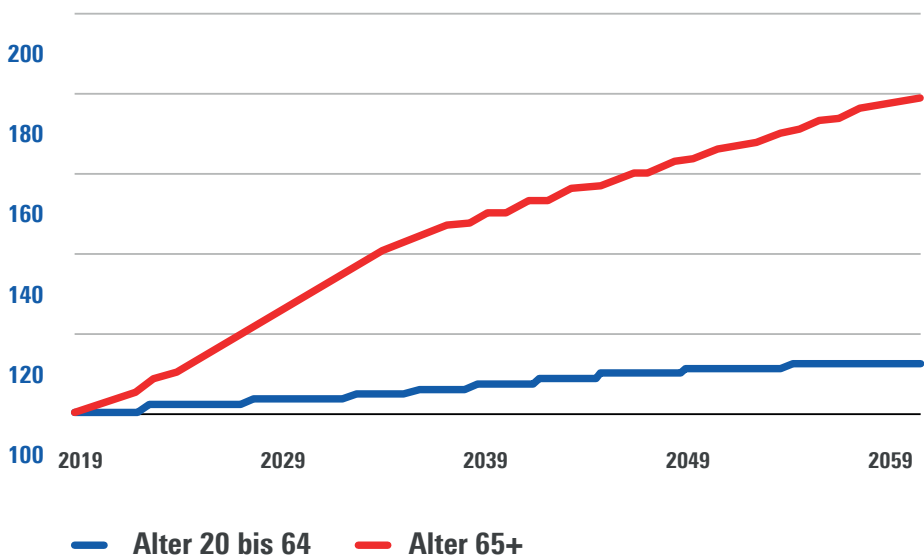
Marco Wölfli

Die Sanierung der AHV – ein Generationenprojekt

Ja zur AHV-21-Reform

Bevölkerungswachstum – aber nur bei 65+

Anstieg der Altersgruppen im BFS-Referenzszenario der Bevölkerungsentwicklung (indexiert 2019 = 100)



Im September stimmt die Schweiz über die AHV-21-Reform ab – ein erster wichtiger Schritt in Richtung nachhaltig finanzierter AHV. Zusammen mit einer breiten Allianz aus bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden setzt sich die FDP für die Stabilisierung des wichtigsten Sozialwerkes ein.

Was denken Sie: Werden in Japan mehr Erwachsenen- oder mehr Babywindeln verkauft? Zugegeben, es ist eine plakativ gestellte Frage. Seit 2014 ist Japan das erste Land, in dem die Windelhersteller mehr Geld mit Windeln für Erwachsene verdienen als mit solchen für Kinder. Auch in der Schweiz wird dieses Szenario aufgrund der demografischen Entwicklung schon bald Realität sein. 2015 feierten in der Schweiz erstmals mehr Personen ihren 65. als ihren 25. Geburtstag. Damit nahm eine über Jahrzehnte fortschreitende Entwicklung ihren Lauf: 2050 wird es in der Schweiz eine Million Menschen über 65 Jahren mehr geben als heute. Dies stellt insbesondere unsere Altersvorsorge vor grosse Herausforderungen. Wird nichts unternommen, häuft sich in der AHV bis 2045 ein Schuldenberg von 200 Milliarden Franken an – das entspricht den Kosten von 16 Gotthard-Basistunneln.

Gemeinsam für gesunde AHV-Finzen

Der Bau des Gotthard-Basistunnels gilt zu Recht als Generationenprojekt. Gleiches Verständnis sollte bei der Sicherung unserer Altersvorsorge vorherrschen: Nur gemeinsam erreichen wir eine nachhaltig finanzierte AHV. Generationen oder Geschlechter gegeneinander auszuspielen, wie es die linken Parteien und Gewerkschaften tun, sind der Sache unwürdig und leisten keinen konstruktiven Beitrag zur Diskussion. Eine erste wichtige Gelegenheit bietet die Abstimmung über die AHV-21-Reform von diesem Herbst. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und gemeinsam für gesunde AHV-Finzen einstehen. Tun wir dies nicht, drohen uns massive Steuererhöhungen.

AHV-Sanierung dringend nötig

Während die AHV in ihren Anfangsjahren im

Die wichtigsten Massnahmen im Überblick

- Vereinheitlichung des Referenzalters für Männer und Frauen auf 65 Jahre
- Ausgleichsmassnahmen für betroffene Frauenjahrgänge (erleichterter Vorbezug und lebenslange Rentenzuschläge für insgesamt 9 Jahrgänge)
- Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 63 und 70 Jahren
- Anreize für die Weiterführung der Erwerbstätigkeit ab 65 Jahren
- Zusatzfinanzierung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte

Schnitt alle fünf Jahre saniert wurde, liegt die letzte grosse AHV-Reform 25 Jahre zurück. Ohne baldige Sanierungen verschlechtert sich die bereits heute angespannte finanzielle Situation der AHV weiter; allein im Jahr 2030 droht ein Umlagedefizit von fünf Mrd. Franken. Um das zu verhindern und die Finanzen der AHV zu stabilisieren, braucht es die AHV-21-Reform. Leider gefährden die linken Parteien und Gewerkschaften mit dem Referendum zur Reform unser wichtigstes Sozialwerk leichtfertig.

Ausgleichsmassnahmen für betroffene Frauenjahrgänge

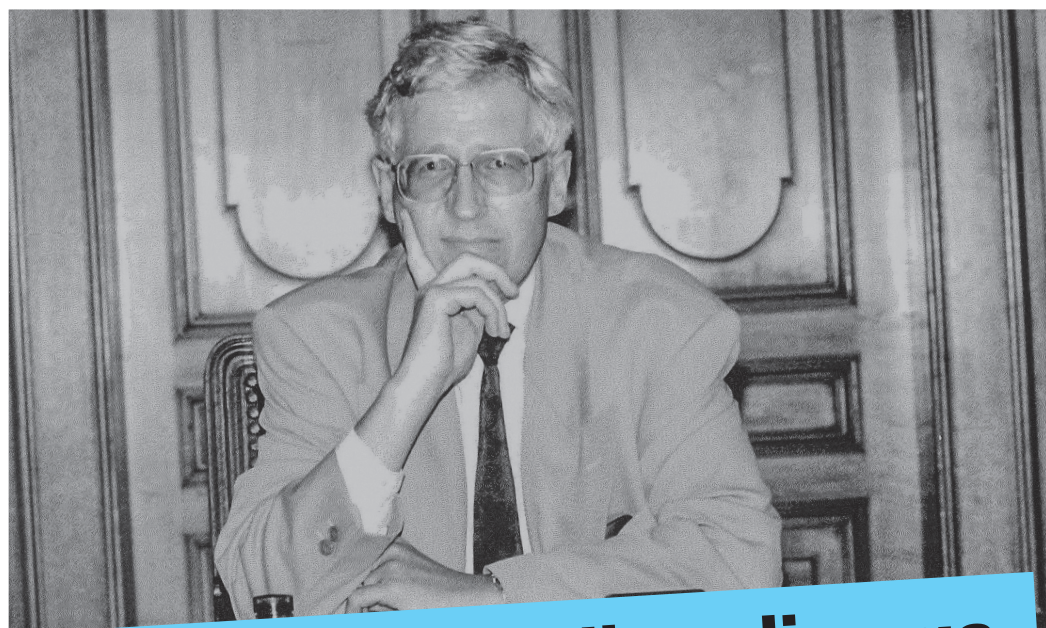
Die Vereinheitlichung des Referenzalters für Männer und Frauen auf 65 Jahre wird die AHV jährlich um netto 1,4 Milliarden Franken entlasten und damit die finanzielle Situation der ersten Säule zusammen mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte stabilisieren. Als Ausgleichsmassnahme werden die unmittelbar betroffenen Frauen der Übergangsgeneration eine Kombination aus einem erleichterten Vorbezug und einem generellen AHV-Zuschlag erhalten. Weiter sieht die Reformvorlage die Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 63 und 70 Jahren für Mann und Frau vor, womit der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gleitend gestaltet werden kann.

Stemmen wir das Generationenprojekt «Sicherung der AHV» und engagieren wir uns diesen Herbst gemeinsam für die AHV-21-Reform.

Andri Silberschmidt,
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH



René Rhinow vertrat den Kanton Baselland zwischen 1987 und 1999 im Ständerat.



Erfolgreicher Liberalismus

Zum Buch «Freiheit in der Demokratie»

Der ehemalige Baselbieter Ständerat René Rhinow hat ein bemerkenswertes Buch mit dem Titel «Freiheit in der Demokratie» geschrieben. Ständerat Damian Müller erklärt das Buch in seiner Rezension zur Pflichtlektüre für alle Freisinnigen.

Das soeben erschienene Buch «Freiheit in der Demokratie» des liberalen Denkers René Rhinow, emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Basel und alt Ständerat, sollte eigentlich Pflichtlektüre sein für alle, die unter der Fahne des Freisinns politisieren. Das umfassende, vielschichtige und mit 232 Seiten trotzdem relativ schlanke Werk zu besprechen, mag ambitioniert sein. Der Versuch sei trotzdem gewagt – im Wissen, dass nicht das vorliegende Werk, geschweige denn das gesamte Wirken von René Rhinow, gewürdigt werden kann.

In einer Reihe von lesenswerten Aufsätzen zeigt der Autor auf, weshalb eine gute liberale Politik immer auf der Menschenwürde basiert. Und weshalb die Ausrichtung auf die Menschenwürde als oberstes Ziel stets auch zu einer guten liberalen Politik führt.

In den Beiträgen spiegelt sich nicht nur die Tatsache, dass der 79-jährige René Rhinow ein höchst beleesener Mann ist, sondern auch, dass er – was für jemanden mit seiner geistigen Flughöhe nicht selbstverständlich ist – ebenfalls konkrete, politische Erfahrung hat. Im Kapitel «Die liberale Geisteshaltung» kommt das in seinen Ausführungen

zum Thema «Bescheidenheit und Demut» exemplarisch zum Ausdruck. «Problemlösungen sind oft unspektakulär, langatmig, «sitzungsintensiv», auch mühsam.» Rhinow zitiert hier Max Webers «starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich».

Der Stil des Ständerats

Diese Aussagen treffen auch heute noch auf die politische Arbeit zu. Zumindest im Ständerat, dem René Rhinow als Vertreter des Kantons Baselland von 1987 bis 1999 angehörte, hat sich nicht viel geändert. Nach wie vor ist der Stil im Ständerat von gegenseitigem Respekt geprägt, was in anderen Bereichen des Politbetriebs leider nicht mehr zutrifft – und René Rhinow konstatiert: «Ich wandte mich immer gegen die neuerdings im Vormarsch begriffene irriige Auffassung, in der Politik gehe es nur um Inhalte, der Anstand, die faire Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner seien nebensächlich.» Und er erwähnt in diesem Zusammenhang speziell die «enthemmte und radikalisierte Kommunikation». Für Rhinow ist ein menschlicher und mitmenschlicher Umgang für eine Demokratie essenziell.

Von besonderer Aktualität sind die Ausführungen Rhinows im Kapitel «Nachhaltiger Liberalismus», sinnigerweise ziemlich genau in der Mitte des Buches. «Wenn das von Liberalen hochgehaltene Junktum von Freiheit und Verantwortung gelten soll, muss es auch die Verantwortung gegenüber Natur und Nachwelt mit einschliessen», schreibt Rhinow. Und er zitiert im Zusammenhang mit dem «Prinzip Verantwortung» des österreichisch-amerikanischen Philosophen Hans Jonas schliesslich Kant: «Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz menschlichen Lebens auf Erden.»

René Rhinow erinnert daran, dass liberale (Mit-)Verantwortung Nachhaltigkeit einschliesst: «Auf Menschenwürde basierte Freiheit steht auch nachfolgenden Generationen zu. Dass Freiheit auch die Entwicklungschancen junger Menschen umfasst, leuchtet unmittelbar ein. Doch muss Freiheit auch den noch nicht geborenen Menschen in der Nachwelt zustehen.» Was war, was ist und was sein wird – das Buch von René Rhinow ist mehr als das im Untertitel fast schon bescheiden festgehaltene «Plädoyer für einen menschenwürdigen Liberalismus». Sein Buch «Freiheit in der Demokratie» ist geradezu ein Manifest für eine nachhaltige liberale Geisteshaltung und Politik in all ihren Formen – und damit eigentlich das Erfolgsrezept für die FDP Schweiz.

Damian Müller, Ständerat LU

Der Beitrag erschien erstmals am 23. März 2022 in der «Luzerner Zeitung»



Zum Buch

«Freiheit in der Demokratie»,
232 Seiten, Erscheinung 2022
Autor: René Rhinow
Verlag: Hier und Jetzt
ISBN: 978-3-03919-554-1



Ukraine-Krieg überschattet Session

Rückblick auf die Frühlingssession

Die FDP konnte im Umgang mit Gentechnik nach Jahren des Stillstands im Parlament endlich einen Fortschritt vermelden. In anderen Themen hatten es liberale Positionen schwer. Doch das Hauptthema der abgelaufenen Session war der Ukraine-Krieg, der den Kontinent erschüttert.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat unbestritten die ganze Frühlingssession überschattet und alles andere in den Hintergrund gerückt. Diese eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines demokratischen Landes hat unseren Kontinent sowie die ganze Schweizer Politik erschüttert.

Die FDP hat richtigerweise sofort ihre Sorge um die Menschen in der Ukraine bekundet und die militärische Aggression der russischen Regierung sowie die andauernden Menschenrechtsverletzungen aufs Schärfste verurteilt. Das wurde unter anderem auch in den dringlichen Debatten im Nationalrat und Ständerat klargemacht sowie wurden konkrete Vorstösse eingereicht, die unter anderem eine Aufstockung der Mittel für die Armee fordern sowie Solidarität mit Flüchtlingen, Massnahmen zur Sicherung der Schweizer Energieversorgung und ein humanitäres und diplomatisches Engagement. Zudem wurde nochmals klar beschlossen, dass die Schweiz an ihrer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat festhalten soll, wo sie zu den Bemühungen für Frieden beitragen kann.

Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative

In der Frühlingssession hat der Nationalrat über die Gletscher-Initiative und den direkten Gegenvorschlag beraten. Den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates nahm der Nationalrat mit 104 zu

67 Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Mit 99 zu 89 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschloss der Rat seine Stimmempfehlung für ein Nein zur Initiative. Diese Position entspricht auch der Position der FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Gletscher-Initiative. Im Unterschied zur Volksinitiative lässt der direkte Gegenvorschlag in der Umsetzung nämlich mehr Handlungsspielraum und verzichtet auf Verbote.

Massentierhaltungsinitiative geht zu weit

Nach dem Nationalrat lehnte nun auch der Ständerat die Massentierhaltungsinitiative ab und ist nicht auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates eingetreten, womit dieser vom Tisch ist. Die FDP nahm die Entscheide des Parlaments mit Freude zur Kenntnis, denn obwohl das Tierwohl auch für die FDP einen hohen Stellenwert einnimmt, überschiesst die Initiative das Ziel. Die heute bestehenden Rechtsgrundlagen tragen den Anliegen der Initianten bereits ausreichend Rechnung.

Sieg der FDP in der Gentechnik

Seit 2005 kämpft die FDP als einzige Partei gegen eine Dämonisierung der Gentechnik. Jedoch konnte über all diese Jahre die fortlaufende Aktualisierung des Moratoriums durch die anderen Parteien nicht verhindert werden. Obwohl die Vorteile der modernen Gentechnik evident sind und die Wis-

senschaft für die Aufhebung des Moratoriums eintritt, konnten die anderen Parteien sich nicht von ihren veralteten Dogmen lösen. Immerhin konnten nun erstmals Ausnahmen eingeführt werden. Der vom Parlament beschlossene und von links-grün bekämpfte Antrag beauftragt den Bundesrat, für die neuen gentechnischen Verfahren, bei denen kein transgenes Erbmateriale eingefügt wird, eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen.

Rigide «Lex Booking»

Der Nationalrat hat sich zur Enttäuschung der FDP für eine weitreichende Regulierung der Online-Buchungsplattformen wie Booking.com ausgesprochen. Anlass für die Verschärfung der Bestimmungen ist insbesondere der Ausbau der marktbeherrschenden Stellung der Online-Buchungsplattformen. Die FDP hat vergebens versucht, die Notwendigkeit solcher Plattformen aufzuzeigen und die Vorteile für Betriebe zum Beispiel durch den Netzwerknutzen vorzubringen. Nun ist der Ständerat am Zug, um diesen Misstritt des Nationalrats zu korrigieren.

Parlament für die nächste Krise rüsten

Der Nationalrat hat sich mit der Funktionsweise des Parlaments in Krisensituationen befasst, damit der Handlungsspielraum vorhanden ist, wenn der Bundesrat Notrecht anwendet. Dies ist demokratiepolitisch wichtig, um in Krisenzeiten ein Gegengewicht zum Bundesrat zu schaffen. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Vorstoss, an dem die FDP beteiligt war, fast einstimmig zu.

Damien Cottier

Fraktionspräsident und Nationalrat NE

Ende März besuchte Karin Keller-Sutter das Bundesasylzentrum Basel. Foto: EJPD



«Ukraine-Krieg ist ein Angriff auf unsere westlichen Werte»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter über ihre Arbeit seit Kriegsausbruch

Es hätte das Jahr der Reformen im Schengen-Raum sein sollen. Eine Agenda im Einklang mit den Zielen von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat alles auf den Kopf gestellt. Die Justizministerin blickt zurück auf die letzten Wochen, die geprägt waren von der massiven Fluchtbewegung aus der Ukraine und einem Europa, das zusammensteht.

In der Ukraine herrscht seit dem 24. Februar Krieg. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie vom Kriegsausbruch erfahren haben? Anfang Februar führte ich bilaterale Gespräche am Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister in Lille. Mein tschechischer Kollege rechnete schon damals mit einem Krieg und meinte, es könnte 5 Millionen Flüchtlinge geben. Das hat mich sehr beschäftigt. Im Westen wollte man dies mit Ausnahme der USA nicht sehen. Die Gespräche in Lille, etwa mit den Vertretern aus Polen, der Slowakei oder Österreich, waren in diesem Fall sehr wichtig für mich. Ich rechnete danach jeden Tag mit einem Angriff. Am 24. Februar hat mir mein Mann am frühen Morgen gesagt: «Kiew wird angegriffen.» Ich dachte sofort an die Opfer. Ich habe realisiert, dass dies auch ein Angriff auf unsere westlichen, demokratischen Werte ist.

Waren Ihnen die Auswirkungen auf die Schweiz so gleich bewusst? Es war mir bewusst, dass viele Ukrainerinnen flüchten würden, um sich in Sicherheit zu bringen. Mittlerweile sind über 40 000 Personen aus der Ukraine zu uns geflüchtet. Aber ganz

abgesehen von der Anzahl der Menschen, die jetzt in der Schweiz sind: Wir sind mit ganz vielen menschlichen Schicksalen konfrontiert. Ende März war die Hälfte aller ukrainischen Kinder auf der Flucht. Es fällt schwer, sich das vorzustellen.

Wie funktioniert die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich? Drei Tage nach Kriegsausbruch haben wir uns in Brüssel getroffen. Am Abend des 27. Februar war mir klar, dass der Schutzstatus S aktiviert werden muss, und ich habe sofort entsprechende Aufträge erteilt. Dass die Europäische Union mit dem vorübergehenden Schutz etwas Vergleichbares plante, hat die Sache vereinfacht. Eine Koordination auf europäischer Ebene war unabdingbar.

Am 4. März haben Sie erstmalig den Schutzstatus S für Flüchtlinge aus der Ukraine aktiviert. Was führte zu diesem Entscheid? Der Schutzstatus S ist genau für eine solche Situation erdacht worden: eine hohe Anzahl Personen, die in kurzer Zeit vor einem Krieg zu uns flieht und unseren vorübergehenden Schutz braucht. Er erlaubt ein vereinfachtes Verfahren zur Aufnahme von Geflüchteten. Im

normalen Asylprozess hätten wir die hohe Zahl an Geflüchteten gar nicht bewältigen können. Das System würde kollabieren.

Sie haben auch das Bundesasylzentrum Basel besucht. Welchen persönlichen Eindruck haben Sie erhalten? Ich war genau einen Monat nach Kriegsausbruch in Basel. In diesen vier Wochen ist es gelungen, in der Schweiz gleich viele Geflüchtete zu registrieren wie sonst in einem ganzen Jahr. Unsere Krisenbewältigung funktioniert. Bei meinem Rundgang in Basel habe ich auch mit Geflüchteten aus der Ukraine sprechen können. Sie haben alle betont, dass sie möglichst schnell wieder in die Ukraine zurückkehren wollen und dass sie der Schweiz nicht zur Last fallen wollen. Viele haben sich bei mir für die Solidarität der Schweiz bedankt.

Falls der Krieg andauert, dürften viele Ukrainerinnen und Ukrainer längerfristig im Land bleiben. Ist die Schweiz dafür gerüstet? Ja, wir müssen gerüstet sein. Es gibt keine Alternative. Allerdings wird die Unterbringung den Bund und die dafür zuständigen Kantone stark fordern. Viele der Geflüchteten sind zudem gut ausgebildet. Kurz nach Ausbruch des Kriegs habe ich die Sozialpartner eingeladen, um die allfällige Integration in den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die entsprechenden Arbeiten laufen. Es muss jetzt jeder an seinem Platz seine Verantwortung wahrnehmen, dann meistern wir diese Aufgabe.

Ein Nein zu Frontex-Schengen würde auch die Sicherheit der Schweizer Grenzen gefährden. Foto: BAZG



Nicht mit dem Feuer spielen

Ja zu Frontex-Schengen

Am 15. Mai stimmen wir über die Beteiligung der Schweiz am Ausbau der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache – kurz Frontex – ab. Frontex unterstützt die Schengen-Staaten beim Schutz der Schengen-Aussengrenzen. Die Schweiz ist assoziiertes Mitglied von Schengen und arbeitet seit über zehn Jahren mit Frontex zusammen. Die Agentur übernimmt wichtige Aufgaben bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der irregulären Migration. Davon profitiert auch die Schweiz. Das von links-grüner Seite lancierte Referendum gegen Frontex gefährdet die Sicherheit unseres Landes.

Die Migrationskrise 2015 hat gezeigt, dass die bisherigen Mittel von Frontex nicht ausreichen. Darum soll Frontex von den Staaten des Schengen-Raums mehr Geld und mehr Personal erhalten. Bundesrat und Parlament haben entschieden, dass sich auch unser Land am Ausbau von Frontex finanziell und personell beteiligen soll. Dies bekämpft nun links-grün in trauriger Eintracht mit einem Aktivistennetzwerk. Für die Schweiz geht es aber nicht nur darum, ob sie sich am Ausbau von Frontex beteiligen will. Frontex ist zentraler Bestandteil von Schengen. Lehnen die Stimmberechtigten die Vorlage ab, stehen die Abkommen Schengen und Dublin auf dem Spiel.

Gefährdeter Zugriff auf Schengener Informationssystem

Sicherheit ist für unser Land ein entscheidender Standortvorteil. Und für die Sicherheit der Schweiz

ist die Mitgliedschaft bei Schengen zentral. Warum? Sie garantiert unter anderem den Zugriff der Schweiz auf das Schengener Informationssystem (SIS). Das SIS ist der Schlüssel zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Die Schweizer Sicherheitsbehörden nutzen das SIS intensiv: Rund 300 000 Anfragen werden täglich auf dem SIS getätigt. Jährlich erzielen sie damit rund 20 000 Fahndungstreffer. Bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage hätte die Schweiz auf dieses wichtige Fahndungssystem künftig keinen Zugriff mehr. Die Sicherheitsbehörden würden schlicht blind.

Wirtschaftlicher Mehrwert durch Schengen/Dublin

Bei Schengen geht es um mehr als um Sicherheit. Ohne Schengen würde die Schweiz zu einer Schengen-Aussengrenze. Unsere Nachbarstaaten müssten wieder systematische Grenzkontrollen einfüh-



ren. Das bedeutet die Rückkehr zu langen Wartezeiten für rund 2 Millionen Menschen, die jeden Tag die Schweizer Grenze überqueren. Aber auch das Reisen in andere europäische Länder würde für Schweizerinnen und Schweizer durch die systematischen Grenzkontrollen deutlich komplizierter. Ebenso müssten zum Beispiel Touristen aus Asien und arabischen Ländern für die Schweiz wie früher ein separates Visum beantragen. Zudem könnten die stark verwachsenen grenzüberschreitenden Lebensräume in Genf, Basel oder auch im Tessin nicht mehr wie bisher funktionieren.

Ausschluss droht innert sechs Monaten

Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage sind überzeugt, dass die Schweiz auch bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage eine Lösung finden könnte, um im Schengen/Dublin-Verbund zu verbleiben. Sie täuschen sich. Lehnt die Schweiz die Frontex-Vorlage ab, lehnt sie eine Schengen-Weiterentwicklung ab, zu deren Übernahme die Schweiz als Schengen-Mitglied verpflichtet ist. Damit tritt das Abkommen zu Schengen ausser Kraft – es sei denn, der Gemischte Ausschuss würde innerhalb von 90 Tagen einstimmig etwas anderes beschliessen. Wird keine Lösung gefunden, endet das Abkommen nach Ablauf weiterer drei Monate automatisch. Das ist im Abkommen explizit so geregelt. Wer darauf spekuliert, dass in dieser kurzen Zeit eine Lösung gefunden werden kann, spielt mit dem Feuer. Die Schweiz müsste mit schwerwiegenden Konsequenzen leben.

Mit dem Verlust der Schengen-Mitgliedschaft fielen übrigens auch das Dublin-Abkommen weg. Ohne das Dublin-Abkommen müsste die Schweiz für alle Ankommenden ein Asylverfahren durchführen, also auch für all diejenigen, deren Asylgesuch bereits in einem anderen Dublin-Staat geprüft und abgelehnt wurde. Es ist unschwer zu erkennen, was die Folge wäre: ein starker Anstieg bei den Asylgesuchen.

Thierry Burkart, Parteipräsident und Ständerat AG

Mit einem Nein zum revidierten Filmgesetz entscheiden die Konsumenten, welche Filme sie sehen wollen. Foto: iStock/evgenyatamanenko



Schauen, was uns gefällt – ganz ohne Filmquote

Nein zum revidierten Filmgesetz

Das revidierte Filmgesetz beschneidet die Wahlfreiheit des Publikums und verknurrt die Anbieter zu einer sachfremden Filmsteuer.

Wir beantworten die wichtigsten Fragen zur Vorlage und zeigen auf, weshalb es am 15. Mai ein Nein braucht.

Zahlreiche Jungfreisinnige haben im vergangenen Winter der Kälte getrotzt und Unterschriften gegen die Revision des Filmgesetzes (Lex Netflix) gesammelt. Schliesslich wurden rund 70 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Ein grosser Erfolg, wenn man bedenkt, dass das revidierte Filmgesetz im Parlament noch mit einer 2/3-Mehrheit angenommen wurde. Dank dem Einsatz der Jungfreisinnigen und weiterer Jungparteien hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Chance, das missratene Filmgesetz am 15. Mai 2022 an der Urne zu versenken.

«Die Freiheit der Konsumenten fällt einer sinnlosen Quote zum Opfer.»

Matthias Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Was will das Gesetz?

Die Revision verpflichtet ausländische wie inländische Streamingdienste wie oneplus, Netflix oder Disney+, ihre Filmkataloge mit mindestens 30 Prozent europäischen Werken zu bestücken. Weiter besteht neu auch eine Meldepflicht für bezahlte Abrufe von Filmen sowie die Abgabe von vier Prozent der Bruttoeinnahmen an Schweizer Filmschaffende.

Was bedeutet das?

Streamingdienste müssen aufgrund der 30-Prozent-Quote für europäische Werke ihre Filmkataloge anpassen – entgegen der eigentlichen Konsumentennachfrage. Die europäischen Werke müssen keinerlei Qualitätsvorgaben erfüllen. Damit fällt die Freiheit von uns Konsumierenden, zu schauen, was uns gefällt, ohne Not einer sinnlosen Quote zum Opfer. Dazu kommt die Filmsteuer von vier Prozent, die schlussendlich von uns Konsumentinnen und Konsumenten berappt werden muss.

Was will die FDP?

Die Delegierten der FDP Schweiz haben sich an der DV vom 12. Februar klar für ein Nein zum revidierten Filmgesetz ausgesprochen, weil es ein krasser Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit ist und das Publikum bevormundet. Wer ein Abo eines Streaminganbieters bezahlt, dem soll nicht mittels Quote vorgeschrieben werden, was er zu schauen hat. Zudem ist die Vorlage ein gefährlicher Präzedenzfall. Mit dem neuen Filmgesetz werden private Unternehmen erstmals gezwungen, eine bestimmte Branche mit ihren Bruttoeinnahmen zu subventionieren. Das ist ein ordnungspolitischer Sündenfall. Es droht die grosse Gefahr, dass künftig auch andere Akteure (zum Beispiel Spotify oder Apple Music) gezwungen werden, mindestens 30 Prozent europäische Inhalte anzubieten.

Wie geht es dem Schweizer Film?

Der Schweizer Filmbranche geht es auch bei einem Nein zum Filmgesetz ganz vorzüglich. Jährlich fliessen rund 150 Millionen Franken von Bund, Kantonen und Stiftungen in die Förderung des Schweizer Films. Darin inbegriffen sind 32 Millionen Franken, die direkt von der SRG stammen. Diese Förderung bleibt auch bei einem Nein zum Filmgesetz bestehen. Auch ohne Quote und Filmsteuer ist der Schweizer Film zu Publikumserfolgen fähig. Die Verfilmung von «*Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse*» wurde von Netflix ins Programm aufgenommen. Nicht weil es ein Gesetz befohlen hat, sondern weil der Film beim Publikum auf Anklang stösst.

Abstimmung

Das neue Transplantationsgesetz soll die Organspenderate in der Schweiz erhöhen.

Foto: iStock/vchal



Ein Herz für die Organspende

Ja zum Transplantationsgesetz

Die Organspenderate in der Schweiz ist zu tief. Das neue Organtransplantationsgesetz kann dies ändern und dafür sorgen, dass weniger Menschen aufgrund fehlender Spenderorgane sterben.

Im letzten Jahr warteten in der Schweiz 1434 Personen auf ein Spenderorgan. Jede Woche starben ein bis zwei Personen, weil nicht rechtzeitig ein passendes Organ gefunden werden konnte. Die Spenderate ist in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zudem sehr tief. Auch der 2013 lancierte Aktionsplan des Bundes, durch welchen die Spenderate massgeblich gesteigert werden sollte, hat zu wenig gebracht. Dass Handlungsbedarf besteht, ist somit unbestritten.

Das Parlament hat vor diesem Hintergrund das Transplantationsgesetz revidiert und sich für einen Systemwechsel entschieden: Heute muss, wer nach dem Tod seine Organe spenden will, dem zu Lebzeiten ausdrücklich zustimmen und diesen Entscheid auf einem Spenderausweis oder im nationalen Organspenderegister festhalten. Man bezeichnet dies als «Zustimmungslösung». Neu sollen nun Personen, die ihre Organe nach ihrem Tod nicht spenden möchten, dies explizit festhalten müssen. Man geht damit zur sogenannten «Widerspruchslösung» über.

Bevölkerung ist positiv eingestellt

Diese Regelung gilt bereits in den meisten europäischen Ländern, und es zeigt sich, dass die Or-

ganspenderaten dort deutlich höher sind. Auch für die Schweiz ist dies der richtige Weg. Aus Umfragen ist nämlich bekannt, dass rund 80 Prozent der Bevölkerung der Organspende positiv gegenüberstehen. Dies dokumentiert haben jedoch nur wenige; 2017 hatten nur rund 16 Prozent der Befragten eine Spenderkarte ausgefüllt. Man kann deshalb davon ausgehen, dass mit dem Systemwechsel auch in der Schweiz mehr Organe transplantiert werden könnten.

Auch mit dem neuen Gesetz wird es keinen Automatismus geben. Ist im Falle des Todes eines Menschen sein Wille nicht bekannt, weil er diesen nicht dokumentiert hat, werden seine nächsten Angehörigen befragt, ob sie seinen Willen kennen. Sie können der Organentnahme widersprechen, wenn sie der Meinung sind, dass dies dem Willen des Verstorbenen entsprochen hätte. Sind keine nächsten Angehörigen erreichbar, ist die Organspende unzulässig.

Sorgfältige Prüfung

Am Prozess der Organtransplantation ändert das neue Gesetz überhaupt nichts. Es gelten weiterhin die gleichen Regeln zum Beispiel in Bezug auf die Feststellung des Todes einer Person. Insbesondere

müssen zwei Ärztinnen oder Ärzte, die nicht zum Transplantationsteam gehören, den Tod unabhängig voneinander feststellen. Dies erfolgt in einem Spital auf der Intensivstation. Die absurde Behauptung der Gegner des Gesetzes, Unfallopfern könnten noch auf der Unfallstelle – mithin auf der Strasse – nun sämtliche Organe entnommen werden, entbehrt somit jeglicher Grundlage.

Hingegen ergibt sich durch die neue Regelung eine wesentliche Erleichterung für die Angehörigen eines Verstorbenen, dies zeigen Erfahrungen aus Ländern, in denen die Widerspruchsregelung gilt. Sie müssen in einer ohnehin sehr belastenden Situation nicht zusätzlich einen schwierigen Entscheid anstelle des Verstorbenen fällen. Vielmehr können sie davon ausgehen, dass er ihnen gegenüber die Ablehnung einer Organspende zu Lebzeiten geäußert hätte. Dass eine umfassende Information der Bevölkerung über das neue Konzept nötig ist, ist selbstverständlich und auch so vorgesehen.

Das neue Transplantationsgesetz kann somit dazu beitragen, dass auch in der Schweiz mehr Organe gespendet werden und mehr Leben gerettet werden können. Und bedenken wir: Das Risiko, selbst auf ein Spenderorgan angewiesen zu sein, ist sechsmal höher als selbst zum Spender zu werden. Deshalb sage ich mit Überzeugung Ja zum neuen Gesetz.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Mit eigenständigen und konstruktiven Vorschlägen ist die FDP für kommende Wahlen gut aufgestellt.

Foto: iStock/Anton_Sokolov



Der Weg stimmt

Jetzt den Schwung mitnehmen

Im Kanton Basel-Landschaft haben die Vorarbeiten für die kantonalen Wahlen Anfang 2023 begonnen. Der Baselbieter Jungfreisinnige Sebastian Binggeli zeigt auf, wie liberale Lösungen zum Erfolg führen können.

Im Februar 2023 sind im Kanton Basel-Landschaft Landratswahlen und im Herbst 2023 folgen die nationalen Wahlen. Dieser zeitliche Horizont bietet Anlass, die aktuellen politischen Gegebenheiten und Entwicklungen zu betrachten. Dies ist insbesondere interessant im Kontext der Frage, warum liberale Impulse und somit die FDP als liberale Taktgeberin aktuell besonders gefragt sind und dies auch in absehbarer Zukunft sein sollen.

Beachtet man nämlich die Ergebnisse der letzten Kantons- und Kommunalwahlen, lässt sich durchaus ein positiver Trend zugunsten der FDP erkennen und auch momentane Themenkonjunktur verlangt nach liberalen Ansätzen.

Erkenntnisse aus den letzten Wahlen mitnehmen

Bei den letzten Wahlen liessen sich einige bemerkenswerte Tendenzen beobachten. Hierzu punktgenau passend ist ein Zitat von Markus Somm, geäussert am letzten Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz: «Die SP und die SVP sind die grossen Parteien von gestern.» Die SVP profitiert noch vom Proporz, verliert aber laufend Wahlen. Wie keine andere Partei hat sie sich mit ihren Positionen zur Corona-Politik und aktuell zum Krieg in der Uk-

raine verrannt und lässt jegliche Glaubwürdigkeit vermissen.

Auch auf der linken Seite des Spektrums tut sich einiges: Die SP verliert am Laufmeter Wahlen und Sitze; insbesondere an die Grünen. Diese Entwicklung ist aufgrund der Aktualität der Umwelt- und Klimaschutzthemen nachvollziehbar. Doch hat die SP auch inhaltlich und intern an Breite verloren. Spätestens unter dem aktuellen Führungsduo sind sozialliberale Positionen marginalisiert. Die SP erzielt höchstens noch Erfolge bei Referenden.

Auch lässt sich bei den Ergebnissen der Grossratswahlen im Kanton Bern eine weitere Beobachtung machen: Das linke Lager verliert insgesamt. Davon profitiert die GLP, welche seit ihrer Gründung laufend nach links wandert. Somit ist es nicht zwingend die FDP, die auf Kosten der GLP verliert. Ganz im Gegenteil bieten sich durch das Abdriften der SVP und das Konkurrieren der GLP mit dem linken Lager neue Spielräume, welche es zu nutzen gilt.

Wichtige Themengebiete kantonal behandeln

Auch die FDP Baselland profiliert sich mit eigenen



Sebastian Binggeli trifft Bundespräsident Ignazio Cassis anlässlich einer Delegiertenversammlung.

Ideen. So hat die Landratsfraktion das Vorstoss-paket «Fit für die Zukunft BL» lanciert: eine Zusammenstellung an Postulaten und Motionen für einen wettbewerbsfähigeren Kanton. Auch in der Energiepolitik ist die Partei nicht untätig. Themen wie die künftige Energiespeicherung und die Nutzung von Wasserstoff sind in Behandlung und erfolgreich überwiesen wurden Vorstösse zur definitiven Hürdensenkung für die Nutzung von erneuerbaren Energien, insbesondere von Solarenergie. Insbesondere Letzteres könnte auch ein spannendes Thema für andere Kantone sein.

Voraussetzungen nutzen

Als junges, aktives FDP-Mitglied und insbesondere als Kandidat bei den kantonalen Wahlen in Baselland ist es mir ein Anliegen, dass die beschriebenen Entwicklungen anhalten, eingeschlagene Richtungen weiterverfolgt werden und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Die FDP verfügt über gute Voraussetzungen für Wahlerfolge, die es zu nutzen gilt.

Sebastian Binggeli, Bachelor-Mentee FDP Schweiz, Vorstandsmitglied FDP Oberwil BL und Delegierter FDP Schweiz



Die FDP zeigt anhand eines neuen Europapapiers auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU konstruktiv weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier legt den Fokus auf eine Erweiterung des Verhandlungspakets. Der sektoriellen Optik in einzelnen Themenfeldern soll die dynamische Rechtsübernahme zugrunde liegen, bei welcher die vitalen Interessen der Schweiz durch Schutzklauseln ausgeklammert werden können.

Im Herzen des europäischen Kontinents gelegen, teilt die Schweiz die europäische Geschichte, die Kultur und die Wertvorstellungen. Die FDP will darum auch in Zukunft eine geregelte Kooperation mit der EU und einen diskriminierungsfreien Zugang zum Binnenmarkt. Das Erfolgsmodell der bilateralen Verträge mit der EU muss weitgeführt werden, denn sie erleichtern nicht nur den tagtäglichen Handel mit unseren wichtigsten Handelspartnern, sondern sind auch ein bedeutender Faktor unserer Standortattraktivität.

Die Europapolitik der FDP basiert auf folgenden drei Hauptzielen:

1. Wahrung der politischen Eigenständigkeit der Schweiz (kein EU- oder EWR-Beitritt).
2. Kooperation mit der EU bei gegenseitigem Interesse, namentlich in den Bereichen Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration, Strom usw.
3. Nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, um einen diskriminierungsfreien und ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern.

Erweiterung des Verhandlungspakets (Bilaterale III)

Aus Sicht der FDP gilt es nun, ein neues Verhand-

lungspaket (Bilaterale III), angereichert mit materiellen Marktzugangsabkommen, zu schnüren. Durch die Vergrößerung der Verhandlungsmasse erhalten beide Seiten mehr Handlungsspielraum. Die Verhandlungen der einzelnen Dossiers sollen durch eine Bündelung so ausgestaltet werden, dass die gegenseitigen Interessen ausgeglichen sind. Die Erweiterung zu einem Verhandlungspaket soll eine breite Akzeptanz ermöglichen.

Sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen

Weil der horizontale Lösungsansatz mit einem Rahmenabkommen zu keiner Lösung geführt hat, schlägt die FDP eine sektorielle Optik vor. Konkret bedeutet dies, dass sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen gesucht werden. Das Grundmodul ist dabei immer gleich aufgebaut: Es beinhaltet die Frage der Dynamisierung sowie der Streitbeilegung, unter der Wahrung der direkt-demokratischen Rechte. Dieser sektorielle Ansatz erlaubt es, in den einzelnen Themenbereichen – je nach Interessenlage – Sonderregeln durch Schutzklauseln oder Opting-Out-Möglichkeiten vorzusehen. Denn die Interessenlage bei der Personenfreizügigkeit ist anders als bei einem Gesundheitsabkommen.

Dynamische, aber nicht automatische Rechtsübernahme

Um Rechtssicherheit zu schaffen, spricht sich die FDP für die dynamische Rechtsübernahme aus, unter Wahrung der direkt-demokratischen Prozesse der Schweiz. Im Gegenzug zur erhöhten Rechtssicherheit der EU soll die Schweiz ein Mitwirkungsrecht erhalten, mit dem sie bei der Entstehung neuer Richtlinien beteiligt ist.

Zweistufige Streitbeilegung

Für den Fall, dass zwischen der Schweiz und der EU keine Einigkeit über die Umsetzung eines bestimmten Abkommens besteht, muss ein Streit-schlichtungsmechanismus vorgesehen werden. Sowohl die Schweiz als auch die EU sind ihm genau gleich zu unterstellen. Die FDP schlägt hierzu ein zweistufiges Vorgehen vor: In der ersten Phase würde der zuständige Gemischte Ausschuss über die Differenz beraten. Wird hierbei keine Einigung gefunden, ist ein paritätisches Schiedsgericht vorzusehen. Dieses würde prüfen, ob die zu implementierenden Ausgleichsmassnahmen angemessen sind.

Beiträge der Schweiz

Aufgrund vertraglicher Verpflichtungen zahlt die Schweiz bereits heute diverse Beiträge an die EU (z.B. bei Frontex, Kohäsionsbeitrag). Die FDP ist im Rahmen eines gesamten Verhandlungspakets im Grundsatz bereit, weiterhin Beiträge an die EU und ihre Mitgliedsländer zu leisten, insbesondere wenn dadurch vitale Interessen der Schweiz durch Opting-outs beziehungsweise Schutzklauseln geschützt werden. Sollte die EU Marktzutrittsabkommen nicht vollständig umsetzen, würde sich nebst einer wechselseitigen Ausgleichsmassnahme auch die Reduktion des entsprechenden Beitrags ergeben.

Die FDP ist überzeugt, mit dem erarbeiteten Europapapier einen konstruktiven Beitrag in diesem zentralen Dossier für die erfolgreiche Zukunft der Schweiz zu leisten. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von der Fraktion, dem Parteivorstand und der Parteipräsidentenkonferenz gutgeheissen. Die abschliessende Beschlussfassung erfolgt durch die Delegierten der FDP Schweiz an der Delegiertenversammlung am 25. Juni 2022 in Andermatt.

QR-Code scannen
und das ganze
Europapapier lesen.



Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Revision des Filmgesetzes



JA

Frontex-Schengen



JA

Revision Transplantationsgesetz

AGENDA

25. Juni 2022, Andermatt
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022
Delegiertenversammlung

Einladung zum Fachreferat

«Hat Putin mit seinem Krieg die liberale Weltordnung verändert?»



Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D., ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

- > **Donnerstag, 12. Mai 2022 in Zürich**, «Widder Hotel», Rennweg 7, 8001 Zürich
- > **Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat**, Eintritt frei. Keine Anmeldung notwendig.



KOLUMNE

Freisinniger Tag der Arbeit



Der 1. Mai steht vor der Tür und wir sollten den «Tag der Arbeit» nicht länger ignorieren. Der Feiertag ist traditionell linkes Terrain, doch auch die Bürgerlichen sollten sich nicht verstecken. Für sie bedeutet Arbeit nicht einen Kampf wie bei der Linken, sondern ist vielmehr ein Schlüssel für mehr Lebensqualität und Unabhängigkeit für alle.

Im Jahr 1886 bildete ein Streik für die Forderung nach einem Achtstundentag die Grundlage für den Tag der Arbeit am 1. Mai. Die Bemühungen für verbesserte Arbeitsbedingungen wurden in der Folge von der Linken aufgenommen. Wenn wir die linken Parteien von heute betrachten, die gegen alles kämpfen, was überhaupt nach Arbeit aussieht, scheinen die ursprünglichen Bemühungen weit weg. Was damals ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen war, ist heute ein Kampf gegen die Arbeit selbst.

Wenn es heute darum geht, besser und nicht unbedingt weniger zu arbeiten, muss die FDP die erste Wahl sein. Die FDP ist die Partei der Innovation und der Digitalisierung. Wir sind die einzige Partei, die das Gentech-Moratorium offen bekämpft und die führende Kraft bei der Entwicklung des 5G-Netzes. Die FDP verkörpert Unternehmertum: Offenheit, Mut und Ehrgeiz. Dabei geht es nicht darum, Erfolge zu sammeln und sich darauf auszuruhen, sondern einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten und jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu geben. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Stagnation bedeutet Rückschritt und etwas zu wagen, bedeutet Fortschritt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag der Arbeit!

Johanna Gapany
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

FDP

Die Liberalen

Keine Experimente mit unserer Sicherheit.

Am 15. Mai

**Frontex-
Schengen**

frontex-schengen-ja.ch

ja